

# Nach dem EU-Gipfel Volksabstimmungen europaweit!

Die EU-Verfassung ist nicht vom Tisch. Immer noch hoffen die Ratsherren, sie durch Trickserien so durch die Abstimmungsmaschine zu bekommen, dass sie danach sagen können: Die Völker Europas haben sich eine Verfassung gegeben. Der Ratifizierungsprozess wurde bis 2007 verlängert. Die Länder, die ihr geplantes Referendum ausgesetzt haben, werden sich womöglich jetzt damit begnügen, die Parlamente abstimmen zu lassen (mit Ausnahme von Luxemburg, wo es womöglich mit einem knappen Ja ausgeht). In Großbritannien ist nicht einmal das sicher. Die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden könnten auf diesem Wege allerdings nicht mehr ungeschehen gemacht werden, sie müssten wiederholt werden.

Die Ratsherren scheinen darauf zu spekulieren, dass Präsident Chirac 2007 von einem glaubwürdigeren Nachfolger abgelöst wird, der die Abstimmung wiederholen lässt. Ob das funktioniert, ist auch nicht sicher. Die Woge des Nein kann sehr wohl bis zur nächsten Präsidentschaftswahl tragen und



Foto: Rouge

▲ Französische Linke feiern das Ergebnis des Referendums am 29. Mai

einen Vertreter des Nein in den Amtssessel heben.

Was auch immer die Regierungen der Mitgliedstaaten entscheiden – von zentraler Bedeutung ist, dass der Delegitimierungsprozess der EU-Institutionen, der in Frankreich und in den Niederlanden begonnen hat, sich in anderen EU-Ländern fortsetzt. Die aufgetretene Diskrepanz: »90% der Abgeordneten vertreten 45% der Bevölkerung« (in Frankreich) oder »95% der Abgeordneten vertreten 37%

der Bevölkerung« (in den Niederlanden) muss auch in anderen Ländern sichtbar gemacht werden. Meinungsumfragen nach den Abstimmungen ergaben einen Stimmungswechsel auch in der BRD. Wenn hier alle Haushalte den Verfassungstext zugeschiedt bekämen und es würde eine massive Aufklärungskampagne gemacht – jeweils mit Vertretern beider Positionen – würde sich auch hier eine satte Mehrheit dagegen ergeben.

Das Haupthindernis ist das Demokratiedefizit hierzulande. Die TV-Sendung »Monitor« hat bei einer Befragung der Bundestagsabgeordneten festgestellt, dass kaum einer von ihnen weiß, was in der EU-Verfassung steht. Aber das Votum des Bundestags soll legitim

sein! Franzosen und Niederländer hingegen werden beschimpft, sie hätten angeblich die komplizierte Materie nicht verstanden, obwohl sie den Text gelesen und studiert haben!

Die Forderung nach Volksentscheid über eine so zentrale Frage muss im Zentrum unserer Aufmerksamkeit bleiben, solange es den Ratifizierungsprozess gibt. Wenn auf dem Sozialforum in Erfurt über die weiteren Perspektiven gesprochen wird, gehört die Forderung nach Volksentscheiden europaweit unbedingt dazu. Wir sollten uns an den Franzosen ein Beispiel nehmen und die unterschiedlichen Ansätze für Kampagnen gegen die Verfassung zusammenbinden zu einer gemeinsamen Initiative, die ein Referendum fordert und mit dem Entwurf für eine Alternative in die öffentliche Debatte geht. Das neue linke Wahlbündnis muss diese Forderungen aktiv unterstützen. Jede Verstärkung, die Franzosen und Niederländer erfahren, macht es den Ratsherren schwerer, uns auszu-tricksen.

ANGELA KLEIN

(Aus: SoZ Nr. 7, Juli 2005)

## SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97  
redaktion@soz-verlag.de · www.soz-plus.de

### Ich bestelle eine

- kostenlose Probeausgabe
- Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein  
(keine automatische Verlängerung)

Name  Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

## Was will die SoZ?

Die Sozialistische Zeitung (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerstands zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

**SoZ Sozialistische Hefte 8**  
für Theorie und Praxis  
herausgegeben von SoZ - Sozialistische Zeitung, Mai 2005

**Arbeit & Gerechtigkeit**

Jürgen Meier plädiert für eine neue Ethik von Arbeit und Leben  
Franz Seehers denkt den Sozialstaat von links  
Daniel Kreutz zeigt Alternativen zur Agenda 2010 auf  
Werner Seppmann fragt nach den emanzipativen Anknüpfungsmöglichkeiten kapitalistischer Arbeitsverfassung  
Michael Yates verdeutlicht die weltweiten Ungleichheiten  
Außerdem: Buchbesprechungen

## Sozialistische Hefte 8

### »Arbeit & Gerechtigkeit

Für 5 EURO gegen Rechnung  
bei nebenstehenden Adressen bestellen!

schafft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Der Kampf um umfassende Emanzipation ist ein internationaler und ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ